

Verlorenes Vertrauen kritisch neu begründen

Christlicher Glaube in der Wirtschaftskrise

Ausarbeitung der Theologischen Kammer
der Evangelischen Kirche
von Kurhessen–Waldeck

Geleitwort

Die globale Wirtschaftskrise ist seit einigen Monaten nicht aus den Medien wegzudenken. Eurorettungsschirme, mühevollere Anstrengungen zur Vermeidung von Staatsbankrotten, Wertungen von Ratingagenturen, Ankäufe von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank: Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise sind unübersehbar und in ihrem Zusammenhang und ihren Konsequenzen nicht zu überblicken. Ein Ende dieser Krise ist derzeit kaum absehbar.

Die Wirtschaftskrise beunruhigt nicht nur Analysten, „Global Player“ und Börsianer, sondern überträgt sich auch auf jene Menschen, die sich bisher weit entfernt vom globalen Marktgeschehen verortet hätten. Sie ist längst bei den „einfachen Leuten“ angekommen.

In Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise ist mittlerweile von einer tiefgreifenden Vertrauenskrise die Rede. Wirtschaftliche Mechanismen und Institutionen, die lange Zeit scheinbar selbstverständlich funktioniert haben, werden zunehmend in Frage gestellt – und mit ihnen die politischen Institutionen, von denen Steuerung und Kontrolle erwartet wird.

Die vorliegende Ausarbeitung der Theologischen Kammer der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck möchte keine wirtschaftstechnischen Lösungswege aus der Krise aufzeigen, denn die Kirche verfügt über kein ökonomisches Sonderwissen. Sie will aber zur kritischen Orientierung in der Krise beitragen. Sie betrachtet und reflektiert dazu grundlegende wirtschaftliche Prozesse und ihre anthropologischen Voraussetzungen und setzt sie ins Verhältnis zu einer gesellschaftstheoretischen wie theologischen Begründung des Vertrauensbegriffes. Die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck möchte mit die-

sem Text, der grundlegende Fragen der Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens berührt, ihre Sichtweise und ihr Deutungspotential zum Wohle der Gesellschaft einbringen. Sie nimmt darin ihren Auftrag wahr, das Evangelium „allem Volk“ zu verkünden.

Die Theologische Kammer wurde im Anschluss an die Publikation „*Wirtschaften im Dienst der Menschen*“ von mir mit der Erarbeitung dieses weiterführenden Textes beauftragt. Er wurde vom Ausschuss „*Kirche und Gesellschaft*“ vorbereitet und nach eingehender Diskussion von der Theologischen Kammer einstimmig verabschiedet.

Im Ausschuss haben unter der Leitung von Pfarrerin Gabriele Heppe-Knoche mitgewirkt: Oberlandeskirchenrat Dr. Eberhard Stock, Prof. Dr. Dietrich Korsch, Pfarrerin Evelin Härlin, Pfarrerin Dr. Friederike Erichsen-Wendt, Kirchenrat Jörn Dulige, Pfarrer Dr. Lukas Ohly und Pfarrerin Beate Rilke.

Der Rat der Landeskirche hat sich diese Ausarbeitung in seiner Sitzung am 22. Juni 2011 zu Eigen gemacht.

Ich danke der Theologischen Kammer unter Leitung von Oberlandeskirchenrat Dr. Eberhard Stock für ihre Arbeit und hoffe, dass die hier vorgelegten Anstöße und Reflexionen eine neue Perspektive in der Diskussion um die Wirtschafts- und Finanzkrise eröffnen und dazu beitragen, verlorenes Vertrauen kritisch neu zu begründen.

Kassel, im September 2011



Martin Hein

Bischof

Verlorenes Vertrauen kritisch neu begründen Christlicher Glaube in der Wirtschaftskrise

1. Vertrauen wiedergewinnen

Gesellschaftliche Krisen und Veränderungen haben nicht nur Konsequenzen für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Lebens, sie wirken sich zudem darauf aus, wie sich Menschen selbst verstehen. Darum sind auch Religion und Kirche von ihnen betroffen. Zugleich fordern solche gesellschaftlichen Vorgänge dazu heraus, im Licht von Religion und Kirche neu verstanden zu werden. Diese Wechselseitigkeit aktuell zu bedenken und damit zu einer Orientierung für Kirche und Gesellschaft beizutragen, ist die Absicht der folgenden Überlegungen.

Die zentrale Einsicht, die im folgenden entfaltet wird, lautet: Die Wirtschaftskrise, die wir erlebt haben und noch erleben, muß als Vertrauenskrise gedeutet werden. In ihr kommt es darauf an, sich nicht nur auf die – sozusagen handwerkliche – Beseitigung der gesamtwirtschaftlichen Störungen zu konzentrieren, sondern die tiefere Dimension wahrzunehmen, die durch die Wirtschaftskrise sichtbar wird. Es dient sowohl der wirtschaftlichen wie der politisch-gesellschaftlichen Zukunftssicherung, wenn der Aspekt des ebenso nötigen wie riskanten Vertrauens sorgfältig wahrgenommen und sachgerecht befördert wird – in Religion, Wirtschaft und Politik. Die Kirchen haben die Möglichkeit und die Verpflichtung, die religiöse Vertrauensbildung in der Gesellschaft zu befördern. Das tun sie dann, wenn sie die gegenwärtigen Entwicklungen und Krisen in der Wirtschaftsgesellschaft analytisch und kritisch auf die dort wirksamen Zusammenhänge untersuchen, so daß deren religiöse Deutung zu einem besseren und tieferen Verständnis der Gesellschaft beiträgt.

Damit wird nicht nur ein Anspruch an die theoretische Kompetenz erhoben. Vielmehr wird zugleich vorausgesetzt, daß sich die Kirchen mit ihrer Verkündigung selbst als vertrauenswürdig erweisen. Vertrauen zu erringen, ist ein komplexer Vorgang, in dem persönliche Vertrauenswürdigkeit und sachliche Vertrauensgründe zusammenwirken müssen. In religiöser Perspektive liegt auf der Hand, daß allein Gott als Grund des Vertrauens in Betracht kommen kann. Diese Einsicht fordert dazu heraus, auch die Anforderungen an die Vertrauenswürdigkeit der Menschen, die in der Kirche tätig sind, hoch zu halten. Daher können die Kirchen nur dann vertrauensbildend tätig sein, wenn sie konsequent gegen Vertrauensbrüche in der eigenen Institution vorgehen.

2. Die Dynamik des Marktes

Daß wir in einer Gesellschaft leben, die vom Markt geprägt ist, steht außer Zweifel. Der Name „Markt“ bezeichnet dabei heute die aktuelle geschichtlich-kontingente Entwicklungsgestalt der mit dem Menschsein gegebenen Notwendigkeit, daß Menschen zur Meisterung des Lebens interagieren und kooperieren, indem sie mit ihren unterschiedlichen Fähigkeiten füreinander eintreten sowie Güter, die sie herstellen, miteinander austauschen. Diese grundlegende Unerläßlichkeit des Austauschs hat sich seit zwei Jahrhunderten zu einem weltumspannenden Wirtschaftssystem entwickelt, an dem derzeit alle Menschen, ob sie wollen oder nicht, teilhaben.

In seiner gegenwärtigen Gestalt ist der Markt ein System, das über eine interne, keineswegs konfliktfreie, Gesetzmäßigkeit verfügt.

Der Markt verfügt über Regeln für den Austausch von Gütern und Dienstleistungen nach dem Muster von Angebot und Nachfrage und trägt damit zur Sicherung und

Erhaltung unseres leiblichen Lebens bei. In dieser Funktion ist der Markt viel mehr als nur ein Mechanismus des Wirtschaftens: Er beeinflußt auch das menschliche Handeln überhaupt mit seinen Wünschen und Erwartungen, seinen Sorgen und Ängsten. Welches diese Regeln sind, beschreiben nicht nur die Wirtschaftswissenschaften, sondern auch die Wissenschaften, die sich mit Politik, Recht und Verwaltung beschäftigen. Denn der Markt trägt ein doppeltes Gesicht.

Einerseits verheißt er den Ausgleich unserer verschiedenen Fähigkeiten und Begabungen, so daß alle – trotz der Einseitigkeiten, die wir haben und pflegen müssen – leben können. Andererseits weckt er Befürchtungen, ob denn der Vorgang des Tauschens, auf dem er beruht, auch gerecht sei, ob also tatsächlich alle in den Genuß der in der Gesellschaft gemeinsam erarbeiteten Güter kommen, so daß alle auskömmlich leben können. Die Spannungen, die sich aus diesem Gegensatz ergeben, prägen nicht wenige der gesellschaftlichen Debatten über die Funktion des Marktes in unserer Gesellschaft.

Die Befürchtungen haben damit zu tun, daß das Tauschen auf der Basis von Angebot und Nachfrage nur funktioniert, wenn es Konkurrenz zwischen den Beteiligten gibt – bei der man natürlich auch den Kürzeren ziehen kann. Dieser Sorge wird oft mit dem Argument widersprochen, daß es ja gerade die Konkurrenz ist, die zu wissenschaftlichen und technischen Fortschritten führt, weil sich alle immer mehr anstrengen müssen, um am Markt zu bestehen.

Mit dieser Argumentation verbindet sich in der Regel auch der Gedanke des Wachstums: Wo Konkurrenz herrscht, setzt sich derjenige durch, der zu gegebenen Bedingungen mehr oder bessere Produkte anzubieten versteht – damit ist Wachstum dem Markt selbst eingeschrieben. Wenn auf Wachstum verzichtet werden sollte, käme die Konkurrenz zum Erliegen und damit der Fortschritt in der

Erhaltung des Lebens zum Stillstand. Ein weiteres Argument für die Notwendigkeit von Wachstum wird aus dem Kreditsystem abgeleitet: die Zinsen für Kredite müssen über die Tilgung hinaus erwirtschaftet werden. So lange sich eine Volkswirtschaft zu einem Teil über Kreditaufnahme finanziert, werden damit Zukunftsentwicklungen höherer Wirtschaftsleistung nötig. Die Erwartung des Wachstums ist umgekehrt die Voraussetzung für die Kreditvergabe, die auf die Rückzahlung mit Zinsen zielt. Die Notwendigkeit von Wachstum ist in gewissem Maße sogar unter Wirtschaftswissenschaftlern umstritten; nicht zuletzt vor dem Hintergrund der natürlichen Endlichkeit unserer Erde. Allerdings hat das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz der Bundesrepublik das Wachstum als eines von vier Wirtschaftszielen (neben hohem Beschäftigungsgrad, stabilem Preisniveau und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht) festgeschrieben. Damit ist wirtschaftliches Wachstum der Politik als Aufgabe gestellt; in der Tat hat sich die Bundesregierung darum auch in der aktuellen Wirtschaftskrise als verantwortlich gesehen und entsprechend zu handeln sich bemüht.

Der Markt hat seit dem 19. Jahrhundert eine besondere Bedeutung dadurch erhalten, daß auch die menschliche Arbeitskraft den Gütern zugeschlagen wurde, die nach dem Grundsatz des Tausches auf der Basis von Angebot und Nachfrage geregelt werden. Diese Entwicklung hat wichtige Rahmenbedingungen des Tausches verändert. Einerseits taucht der Verdacht auf, damit werde eine strukturell-qualitative Ungleichheit im Tauschverhältnis festgeschrieben, gegen die kein quantitatives Gegengewicht gefunden werden kann. Das ist die Vermutung des klassischen Marxismus, der darum auf eine Rücknahme der Unterwerfung der Arbeitskraft unter das Tauschverhältnis dringt. Zugleich ziehen die Strukturen des Marktes nicht nur in das Tauschen von Gegenständen ein,

sondern bestimmen (nicht zuletzt über die Integration der Arbeitskraft) die eigene Lebensführung. Denn nun hängt der materielle Erfolg, also die fortgesetzte Erhaltung des eigenen Lebens, davon ab, ob es gelingt, sich in die Gesetze des „Arbeitsmarktes“ einzufügen. Die Ausweitung und Durchsetzung des Tauschprinzips in diesem doppelten Sinne kennzeichnet unsere Epoche noch heute als „Kapitalismus“. Allerdings läßt sich nicht verkennen, daß die damit etablierte Wirtschaftsstruktur die Möglichkeit zu weiterer Expansion besitzt; die Globalisierung ist insofern nur die Konsequenz des kapitalistischen Wirtschaftens. Es läßt sich leicht erkennen, daß damit die Hoffnungen und Befürchtungen, die sich immer schon mit dem Markt verbinden, auch in die Mitte des eigenen Lebens einziehen: Wünsche nach „Fortschritt“ und „Aufstieg“ ebenso wie Ängste von sozialem „Abstieg“ und gesellschaftlicher „Ausgrenzung“.

In jüngster Zeit hat sich insbesondere die Schlüsselstellung des Finanzsystems als äußerst folgenreich herausgestellt. Nämlich in dem Maße, daß über die Bereitstellung von Krediten für die Realwirtschaft hinaus finanzielle Transaktionen vorgenommen werden, die den Gestaltungsraum des Kapitals selbst erweitern. Sie wirken wie ein Hebel, der „realwirtschaftliche“ Veränderungen in großem Ausmaß in Gang setzt – als auch zum Scheitern bringt.

Das Problem dieser Entwicklung liegt in der Selbstbezüglichkeit des Finanzsystems, das sich potentiell aus seiner Verflechtung mit dem Produktions- und Dienstleistungssektor zu lösen beginnt. Ohne diese Rückkopplungen scheinen Finanztransaktionen wie „Wetten“, für deren Wertschulden aber zugleich diejenigen einzustehen haben, die als Kreditnehmer realwirtschaftliche Interessen verfolgen. Hier rächt sich, daß die Eigenkapitalquote der Finanzunternehmen – unter der Maßgabe einer größtmöglichen

Handlungsfähigkeit – tendenziell gering gehalten wird, so daß die Rücklagen für riskante Geschäfte fehlen.

Das Prinzip des Marktes hat sich trotz dieser Entwicklungen als grundsätzlich effektiv herausgestellt – und zwar gerade darum, weil es darauf verzichtet, die unendlich vielen Handlungszusammenhänge in einer Gesellschaft von oben her planen zu wollen, und statt dessen darauf setzt, daß die jeweils einzelnen Handlungen, über das Gesetz von Angebot und Nachfrage geregelt, zusammen ein auskömmliches Ganzes ergeben. Alle Versuche, „Planwirtschaften“ an die Stelle des Marktes zu setzen, versagen nicht nur angesichts der unüberschaubaren Vielfalt der wirtschaftlichen Handlungen, sondern scheitern auch an der mangelnden Integration von einzelnen Lebensentwürfen in das gesellschaftliche Ganze, die dann auch nur „von oben“ entworfen werden könnte und also auf Kosten der eigenen Freiheit ginge.

Wenn der Markt nur ein Tauschsystem ist, das individuelles Leben und gesellschaftlichen Zusammenhang über die Wirtschaft vermittelt, dann kann man nicht vorher wissen, ob die Resultate des Tauschens in jedem Falle gut sind, der Markt also dem Lebenserhalt und der Lebenssteigerung aller Menschen in der Gesellschaft dient. Darum sind politische Eingriffe in den Markt die Regel. Solche Eingriffe sind insbesondere an den Stellen erforderlich, wo die Macht des Marktes zu unerwünschten Folgen führt, wirtschaftlichen wie sozialen. Sie stehen aber notwendigerweise unter der Bedingung, daß sie auf eine durchgängige Beherrschung des Marktes verzichten müssen. Sie können immer nur hier und da auszugleichen und zu korrigieren versuchen – eine durchgreifende Veränderung des Marktes überhaupt bringen sie nicht zuwege. Vor allem können sie die grundsätzliche Offenheit und Instabilität des Marktes nicht aufheben, ja nicht einmal aufheben wollen.

Über die Setzung von Regeln hinaus sieht sich der Staat im Sinne der (gesetzlichen) Wachstumsförderung hinaus auch veranlaßt, selbst als wirtschaftlicher Akteur aufzutreten. Allerdings machen die staatlichen Eingriffe in den Markt in konkreten Interventionen (Staatsinvestitionen, Kreditabsicherungen) den Staat selbst nicht nur zum wirtschaftlichen Akteur, sondern selbst zum Gegenstand der Spekulation. Daher verschärfen diejenigen Mechanismen, die zur Steuerung der nie zu vermeidenden Krisen des Marktes ersonnen werden, zugleich die Anfälligkeit des wirtschaftlichen Systems für Krisen, indem auch die regelsetzende Instanz als involviert in wirtschaftliche Aktionen erscheint.

Das Kennzeichen unserer Epoche ist der Tausch als Prinzip des Marktes in seiner kapitalistisch-allgemeinen Reichweite, die auch das menschliche Leben selbst einschließt. Diese Situation strukturell wachsender Instabilität gibt für das individuelle und gesellschaftliche Leben und Handeln Rahmenbedingungen vor, die auch das Selbstverständnis der Kirche in der Gesellschaft betreffen.

3. Markt und Ethik

Als handelnde Menschen müssen wir immer aus einer Mehrzahl von Möglichkeiten auswählen. Das tun wir, indem wir danach fragen, welche Handlungen unter welchen Bedingungen und im Blick auf welche anderen Menschen richtig und gut sind. Denn wir müssen unser eigenes Handeln vor uns selbst in unserem Gewissen verantworten. Das Nachdenken über die Richtigkeit und Güte unseres Handelns ist eine ethische Reflexion.

In der ethischen Reflexion besinnen wir uns einmal auf die Gründe, die uns zu etwas veranlassen. Wir fragen sodann nach den Umständen, unter denen wir tun (können), was wir tun wollen, gegebenenfalls tun müssen. Und wir kon-

trollieren schließlich den Erfolg unserer Handlung, ob wir mit ihr zufrieden sein können oder nicht.

Dabei zeigt sich, daß wir uns über die Gründe durchaus Klarheit verschaffen können; auch wenn das keineswegs immer vor jeder einzelnen Handlung nötig ist, weil viele unserer Handlungen nach eingespielter Routine ablaufen. Wenn wir aber gefragt werden, warum wir dies oder jenes getan haben, dann können wir in der Regel die Gründe angeben. Mit den Umständen ist es schon schwieriger. Wir überblicken sie nicht allesamt, sondern können uns nur auf eine Auswahl der vermutlich wichtigsten beschränken. Daß ein wichtiger Umstand übersehen oder falsch eingeschätzt wurde, das kommt immer wieder einmal vor. Was schließlich die Folgen angeht, so sind sie uns am meisten entzogen. Das merkt man an dem Widerspruch zwischen Tun und Ergebnis, mit dem wir stets aufs Neue konfrontiert werden.

Schon im ethisch reflektierten moralischen Handeln sind die Grenzen zu spüren, die uns durch die Rahmenbedingungen für das Handeln gesetzt sind. Das gilt in besonderem Maße von der Wirtschaft nach den Gesetzen des Marktes. Was wir dort wollen können, ist durch diese Gesetze sehr genau festgelegt und umschrieben. Vor allem aber entziehen sie sich der Absicht, sie lediglich nach moralischen Prinzipien zu verändern. Zugleich können wir jedoch nicht darauf verzichten, uns selbst als ethisch verantwortliche Akteure zu betrachten, auch wenn wir am Markt handeln. Das kann uns in Situationen des Zwiespalts führen – nämlich Dinge tun zu müssen, für die wir uns nicht unbedingt nach ethischen Erwägungen entscheiden würden. Insofern unterliegt nicht das Marktgeschehen als solches und als umfassender Handlungsrahmen einer ethischen Beurteilung. Es ist unserem Handeln vielmehr vorgelagert und verlangt akzeptiert zu werden, um erfolgreich zu sein.

Zugleich aber wird auch im Marktgeschehen nach Ethik und Verantwortung gerufen. Das ist völlig korrekt, denn kein Markthandeln käme ohne individuelle Menschen aus, die im Markt handeln und die ihr Handeln verantworten müssen. Zwischen dem individuellen Handeln am Markt und der allgemeinen Marktlogik des Tausches liegen die genannten gesellschaftlichen Regeln, die die Marktabläufe zu regulieren versuchen. Diese Regeln sind politisch gesetzt; aber auch sie können, wie gesagt, nicht das Marktgeschehen überhaupt aufheben wollen. Immerhin muß man von diesen Regeln erwarten können, daß sie der sozialen Idee des Marktes – daß alle auskömmlich leben und sich entfalten können – entsprechen und diese fördern.

Das heißt: Der Markt als solcher entzieht sich einer umfassenden ethischen Beurteilung. Niemand kann durch den Anspruch auf ethische Einsichten die Rahmenbedingungen ändern, die er doch für wirtschaftliches Handeln (in unserem Fall: marktwirtschaftliches Handeln) akzeptieren muß. Auf der anderen Seite gibt es für den Markt geltende Regeln, die ihm gewisse Abläufe vorschreiben und Mißbrauch verhindern sollen. Auch diese Regeln sind nicht nach Maßstäben individueller ethischer Reflexion erlassen (und veränderbar), sondern ermitteln sich in einem gesellschaftlichen und politischen Prozeß. Das Vorkommen solcher Regeln aber spricht dafür, daß man über die Mechanismen solcher Regelsetzung nachdenken muß – und dafür spielt dann auch, in politischer Vermittlung, die ethische Reflexion eine Rolle. Das Konzept der sozialen Marktwirtschaft ist der Versuch, diesen ethischen Impuls politisch umzusetzen.

4. Markt und Regeln

Es macht die besondere Leistungsfähigkeit des Marktes aus, daß er für marktfremde Zielvorgaben einigermaßen unempfindlich ist. Niemand stellt Produkte her, die aus rein moralischen Gründen gefordert werden, wenn sie sich nicht absetzen lassen. Mit unmittelbaren moralischen Appellen oder politischen Wunschvorstellungen gar den Marktmechanismus insgesamt umsteuern zu wollen, mißlingt regelmäßig. Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite aber bewegt sich der Markt doch auch in einem Umfeld, das mehr ist als er selbst. Diese „Umwelt“ des Marktsystems muß es schon deshalb geben, damit die inneren Vorgänge des Marktes etwas haben, das sie bewegen. Als diese Umwelt kommen sowohl die Natur als auch die politische Verfassung der Gesellschaft ins Spiel.

Daß der Markt auf solche Umwelten angewiesen ist, läßt sich leicht daran erkennen, daß dort, wo die Natur völlig ausgebeutet wäre, sich auch nichts mehr abbauen oder produzieren ließe; das wäre das Ende des Wachstums. Und zeigt sich ebenso darin, daß eine völlig unsichere Kultur der Politik und des Rechtes auch Tauschvorgänge viel zu instabil und darum unrentabel werden ließe. Umgekehrt erzeugt der Markt weder eine ausbeutungsfähige Natur noch eine an Zielen orientierte Gesellschaft, sondern setzt sie als ihm gegeben voraus.

Weil diese Umwelten eine Rolle spielen, darum kann und muß es auch für den Markt Regeln geben, die ihm zu seinem Funktionieren verhelfen. An dieser Stelle machen sich besonders die nicht marktförmigen Interessen und Zielsetzungen bemerkbar. Solche Regeln verdanken sich ihrerseits einem Prozeß der politischen Ausmittlung. In diesen Prozeß ist eine Fülle von Akteuren eingeschlossen: politische Parteien, Interessenverbände, soziale und religiöse Organisationen und Gruppierungen usw. Es stellt

sich immer die Frage, ob und welche Regeln mit Aussicht auf welchen Erfolg gegeben werden können. Für den gewünschten Zieffekt solcher Regeln, daß sie nämlich tatsächlich wirksam werden, gibt es keine Gewähr. Vielmehr zeigt sich oft, daß die gewollten Effekte geringer oder ganz anders ausfallen als eigentlich beabsichtigt – weil die beabsichtigten Regeln im Entscheidungsprozeß wieder verwässert werden oder weil der Markt kreativ auf die gesetzten Regeln reagiert.

Immerhin treten mit dem Problem der Regelsetzung (in Gesetzen und Verordnungen) zugleich ethische Erwägungen mit auf den Plan. Denn das Setzen von Regeln erfordert ihre Formulierung und Korrektur nach Grundsätzen, die sich potentiell auf das Gemeinwohl beziehen lassen müssen. Das ist der Mechanismus der ökonomischen Anreize, die gesamtgesellschaftlich erwünschtes Handeln zu einem individuellen Vorhaben machen sollen. Die Organisation dieser Regeln macht einen Großteil der Politik aus – und hält Verbände wie auch Kirchen in beständiger Bewegung der Mitwirkung.

Für das Funktionieren solcher Regelungen, also für die Paßgenauigkeit von wirtschaftlichem Handeln und politischem Willen, ist ein gewisses Vertrauen in die Verlässlichkeit der Systeme von Markt und Politik nötig – eine Verlässlichkeit, die sich auch auf die Personen erstrecken muß, die in beiden Bereichen tätig sind. Und dieses Vertrauen muß von Menschen investiert werden, deren Leben sich im Geflecht von Markt und Politik bewegt.

5. Menschen zwischen Politik und Markt

Als gesellschaftliche Wesen haben wir an den beiden Systemen teil: am Markt ebenso wie an der Politik. Allerdings ist die Dichte, mit der wir hier und da verwoben sind, verschieden. Der wirtschaftlichen Macht des Marktes können

wir uns nicht nur nicht entziehen, sie geht auch über unser individuelles Handeln immer wieder in die Unterstützung und Weiterschreibung des Marktes ein. An der politischen Macht sind wir als individuelle Menschen nur sehr mittelbar beteiligt, in Wahlen, vielleicht auch in der – selbst ja sehr beschränkten – Mitwirkung in Parteien oder sozialen Organisationen. Diese Verflochtenheit vermittelt oft den Anschein, daß es für unser Leben eigentlich kaum Alternativen gibt. Darum finden auch Aufrufe, „sein Leben zu ändern“, in der Regel keine Resonanz.

Dieser Eindruck, für das Ganze nicht ernsthaft zuständig zu sein, hindert aber nicht daran, für die eigene Lebensführung verantwortlich gemacht zu werden. Auf die ethische Beurteilung unseres Handelns können wir auf keinen Fall verzichten – auch wenn der Eindruck, mit dieser Verantwortung nichts bewirken oder verändern zu können, nicht ausbleibt. Dieser Eindruck scheint für die geringe Bereitschaft verantwortlich zu sein, sich an den Wahlen aktiv zu beteiligen: eine so geringe Einflußmöglichkeit erscheint überhaupt nicht attraktiv, weil viele keine beobachtbare Resonanz zwischen Wahlverhalten und politischer Veränderung sehen. Noch deutlicher scheint die Unfähigkeit, etwas zu verändern, im Horizont des Wirtschaftens auf, befördern wir doch durch unser tatsächliches Handeln den Zusammenhang des Systems, zu dem wir uns – hier und da – kritisch verhalten wollten.

Die Grenzen kritischen Verhaltens zeigen sich auch in der Koordination des Verbraucherverhaltens. „Ethisch“ motiviertes Kaufverhalten etwa läßt sich nur schwer organisieren, weil die Rückwirkungen auf die wirtschaftlichen Akteure auf Seiten der Anbieter zu indirekt ausfallen. Erst dann, wenn eine mediale Verstärkung in der Öffentlichkeit vorgenommen wird, ergibt sich ein wirtschaftlich erkennbares Resultat. Die Bewegungen, die „fairen Handel“ unterstützen, sind ein gutes Beispiel dafür. Allerdings ist der Erfolg

dieser Initiativen auch gebunden an eine Qualitätssteigerung der Produkte und eine Konkurrenzfähigkeit über die Preise.

Trotz dieser Gegenbeispiele bleibt der vorherrschende Eindruck: Das Verwobensein in die beiden unterschiedlichen Handlungszusammenhänge von Markt und Politik erzeugt in nicht wenigen Menschen das Gefühl der Ohnmacht, das Mißtrauen hervorruft. Dieses Mißtrauen richtet sich auf die Akteure in Wirtschaft und Politik. „Die da oben“ erscheinen dann als moralisch zweifelhaft oder gar als ausgemacht unseriös, weil sie nicht nur ihren eigenen Vorteil suchen (wie wir alle), sondern eher als „wir“ dazu in der Lage zu sein scheinen, aus dem System ihre Vorteile zu ziehen. Dieser Eindruck ist insofern berechtigt, als auch die genannten Akteure das System nicht nach eigenem Gutdünken verändern können – und es, solange sie davon profitieren, auch gar nicht wollen. Er ist insofern auch wiederum falsch, weil er die Rolle des eigenen Mitspielens am Markt und in der Politik unterschätzt – und damit Verantwortung stillschweigend delegiert.

Allerdings hat dieses hier entstandene Mißtrauen eine nicht zu unterschätzende Reichweite. Denn da der wirtschaftliche Gesamtprozeß weite Lebensbereiche durchdringt, Haltungen prägt und Erwartungen ausbilden läßt, breitet sich der wirtschaftliche Vertrauensverlust auch in andere Bereiche von Politik und Gesellschaft aus.

6. „Vertrauen“ als Voraussetzung des Marktes, der Politik und des Lebens

Angesichts des sich aufbauenden Mißtrauens in das Funktionieren des Marktes, des Staates und der Interaktion von Markt und Staat ist es erstaunlich, daß das Leben zumeist einigermaßen verläßlich und befriedigend abläuft, was immer man im Einzelnen einwenden und be-

klagen mag. Dieser Sachverhalt weist darauf hin, daß es auf dem Feld der Lebensführung unter den Bedingungen von Markt und Politik ein Moment geben muß, daß in den bisherigen Analysen erst ansatzweise auftauchte, das aber auf allen Ebenen der Betrachtung eine erhebliche Rolle spielt, nämlich das Vertrauen.

Richtet man die Aufmerksamkeit darauf, dann zeigt sich sogleich, daß Vertrauen tatsächlich in allen genannten Bereichen ein tragendes Fundament bildet. Im Bereich der Wirtschaft, also der marktförmigen Interaktionen, ist Vertrauen schon dem Wortlaut nach im Spiel, wenn man etwa den Begriff „Kredit“ betrachtet: Wer einen Kredit gibt, vertraut – über alle nötige Prüfung der Kreditwürdigkeit hinaus – auf die Rückzahlung, vertraut damit auch dem Kreditnehmer und dessen vernünftigem Umgang mit der aufgenommenen Geldsumme. Dabei können die Risiken nicht generell und im Vorhinein abgedeckt werden – sonst wäre das Institut des Kredits mit seinem Zinsrahmen auch gar nicht nötig. Dieser exemplarische Sachverhalt läßt sich nun auch für das Marktgeschehen überhaupt verallgemeinern. Weil das Funktionieren des Marktes nicht durch eine planende Kontrolle vorab zu sichern ist, investieren alle, die am Markt teilnehmen (also alle tauschenden Menschen, d.h. wir alle) Vertrauen in das Gelingen der vielen Interaktionen wirtschaftlicher Art – jedenfalls im Ganzen und Grundsätzlichen. Das heißt aber umgekehrt, daß dieses oder jenes Fehlverhalten nicht sogleich durchschlägt auf einen Vertrauensverlust gegenüber dem Ganzen.

Analog verhält es sich in der Politik. Auch hier sind die Abläufe, national und erst recht international, unüberschaubar. Die Vielfalt der Interaktionen ist so komplex, daß niemand sie erfassen, geschweige denn steuern kann. Und dennoch verlassen wir uns im Grundsätzlichen darauf. Auch hier ist „Vertrauen“ eine unbedingt nötige Res-

source, ohne die kein Parteiprogramm, keine politische Willenserklärung, Überzeugung fände. Daß wir das staatliche Verwaltungshandeln nicht durchschauen können, muß nicht das Vertrauen in die grundsätzliche Richtigkeit und Sinnhaftigkeit der einzelnen Handlungen in Frage stellen. Auch das Funktionieren der Polizei und der Justiz verdient in aller Regel Vertrauen, selbst wenn Täter nicht gefaßt werden können oder Fehlurteile vorkommen.

Weil in diesen Bereichen immer schon Vertrauen investiert wurde, sind die Akteure aber auch, sofern sich Markt und Politik allein durch fortgesetztes Handeln erhalten und darstellen, darauf angewiesen, sich als verläßlich zu erweisen. Das dem Markt und der Politik zur Verfügung gestellte, vorgeschossene Vertrauen kann auch verlorengelassen. In der Regel beginnt die Erosion des Vertrauens mit dem Vertrauensverlust einzelner, denen besondere Entscheidungskompetenz im Zusammenhang des Systemerhalts im Ganzen nachgesagt wird: Spitzenpolitiker, Wirtschaftsführer und hohe Repräsentanten des wirtschaftlichen und politischen Gesamtsystems. Diese werden, nicht zu Unrecht, einer genaueren moralischen Beobachtung unterworfen, stehen sie doch auch mit ihrem privaten Leben für die Vertrauenswürdigkeit ihrer Amtsführung ein. Darum sind der „ehrbare Kaufmann“ und die „anständige Politikerin“ durchaus Urteilsmuster und Prüfsteine für anzuerkennendes und verantwortliches Verhalten im Markt und auf der Bühne der Politik. So wie umgekehrt der Mangel an Vertrauen gegenüber Einzelnen auf dem Felde des ökonomischen Handelns bzw. der politischen Aktionen mit der Zeit einen Vertrauensverlust gegenüber den Systemen selbst nähren mag.

Der Vorschuß von Vertrauen, wie er im Markt und in der Politik benötigt wird, wird aber nicht auf diesen Feldern selbst erst erworben, dafür sind sie viel zu allgemein und zu weit vom individuellen Menschen entfernt – man muß

Vertrauen erfahren haben und mit Vertrauen umgehen können, um es im Markt und in der Politik zu investieren. Dem Markt- und Politik-Vertrauen geht Lebens-Vertrauen voran.

7. Der Grund des Vertrauens

Warum ist Vertrauen für Menschen grundsätzlich notwendig? Und wie entsteht Vertrauen in der Lebenswirklichkeit? Für das Zusammenspiel von Notwendigkeit und Wirklichkeit des Vertrauens muß man zwei Komponenten in den Blick nehmen. Einerseits entspricht die Notwendigkeit von Vertrauen unserer grundsätzlichen Abhängigkeit von Umständen unseres Lebens, die wir nicht zu beherrschen vermögen. Immer sind wir Menschen angewiesen auf ein uns günstiges Klima, auf guten Boden, auf Sonne, Wind und Regen. Und nicht minder auf uns wohlgesonnene Menschen, auf funktionierende soziale Verhältnisse und Institutionen. Weil wir nicht alles unter unsere Kontrolle bringen können, müssen wir erhoffen und erwarten, daß uns unser Leben auch jenseits unserer eigenen Fähigkeiten ermöglicht wird. An dieser Stelle kommt nun die zweite Komponente ins Spiel. Inwiefern können wir denn überhaupt eine solche Hoffnung ausbilden, die so etwas wie Vertrauen hervorbringt? Das muß mit Erfahrungen zu tun haben, die wir machen, genauer: gemacht haben. Und diese Erfahrungen müssen von der Art sein, daß sie uns im Vertrauen unser eigenes Leben erschließen. Dafür reichen Erfahrungen des Gelingens oder des Glückens nicht aus, die das zufällige Erhalten unseres Lebens bisher ermöglichten. Anders gesagt: Die Tatsache, daß wir bis heute überlebt haben, begründet kein Vertrauen in ein eigenes Leben. Es sind vielmehr Erfahrungen, die wir mit Personen uns gegenüber gemacht haben. Und zwar Erfahrungen mit solchen Personen, die unsere Unfähigkeit, für das Gelingen des Lebens selbst

zu sorgen, dadurch kompensiert haben, daß sie gewissermaßen an unserer Stelle dafür eingetreten sind und uns insofern unser Leben ermöglicht haben. Ohne solche Personen uns gegenüber entsteht kein Vertrauen in eigene Personalität. Und erst ein Vertrauen, das mit der eigenen Person zusammengewachsen ist, kann Vertrauen ausbilden gegenüber äußeren Lebensumständen. Daß ich mich unter wechselnden Lebensbedingungen erhalten kann, setzt einen Kontakt zu mir selbst voraus, den ich nicht allein natürlichen Umständen verdanke.

Die beiden Komponenten, die für die Notwendigkeit und die Wirklichkeit von Vertrauen eintreten, sind elementar in unserer Kindheit vorhanden: Abhängigkeit von anderen, denen wir Schutz und Lebensmittel verdanken – und eben auch Anerkennung, die über unser bloßes Dasein hinausgeht, indem sie uns als Personen wahrnimmt und annimmt. In der Regel geht die Entstehung des Vertrauens mit Erfahrungen einher, die wir mit unseren Eltern machen (oder mit denen, die an ihrer Statt sich um uns sorgen). Das heißt: Vertrauen ist eine personale Erfahrung, die uns als Personen werden und wachsen läßt. Man kann es auch umgekehrt formulieren: Als menschliche Person leben, heißt Vertrauen haben.

Wer Vertrauen kennt und zu vertrauen vermag, der kann sich auf wechselnde Lebensumstände einstellen – und insbesondere auf solche, die grundsätzlich dem eigenen Zugriff entzogen bleiben. Dazu gehören eben auch die wirtschaftlichen Abläufe am Markt und das politische Handeln in der Gesellschaft. Allerdings wird man sagen müssen, daß die Anforderungen an das Vertrauen mit der modernen Marktentfaltung und in der modernen Gesellschaft auch wachsen. Zwar gibt es eine Fülle von Regeln und Regulierungen, aber daß diese sinnvoll zusammenspielen, das kann man nie im Voraus wissen; und schon gar nicht, was geschieht, wenn sich nicht alle an die

Regeln halten. Die moderne Situation erzeugt erhöhten Vertrauensbedarf – und führt zugleich auf die kritische Frage nach den Gründen des Vertrauens, die über die eigene persönliche Erfahrung hinausgehen. Damit ist die Frage nach den tragfähigen Gründen des Vertrauens überhaupt gestellt. So sehr man nämlich festhalten kann, daß wir alle unsere – im Einzelnen unterschiedlich ausgeprägte – Fähigkeit zum Vertrauen unseren frühkindlichen Erfahrung mit Menschen verdanken, die uns einen Vertrauensvorschuß gegeben haben, so wenig ist damit schon die durchschlagende Geltung des Vertrauens für uns selbst, als Grund unseres Lebens sozusagen, erklärt, der es uns erlaubt, auch in Phasen größter Differenz auf uns selbst zurückzukommen und bei uns selbst zu bleiben. Dem Phänomen Vertrauen wohnt ein Moment des Unbedingten, rein Geltenden inne. Anders gesagt: Wer einmal zu vertrauen gelernt hat, tut damit mehr, als er von anderen lernen konnte. Er investiert sein eigenes Vertrauen, riskiert sein eigenes Leben.

Darum kommt als letzter Grund solchen Vertrauens, das wir lebensgeschichtlich in aller Regel von unseren Eltern (oder von denen, die für uns sorgten) gelernt haben, nur Gott in Frage. Gott ist, wie der christliche Glaube weiß, derjenige, der die Tatsache, daß wir unser Leben führen müssen, ohne es beherrschen zu können, nicht gegen uns wendet, sondern uns in dieser Unfertigkeit anerkennt. Darum bekennt der christliche Glaube Gott als Schöpfer und als Versöhner. Auf Gott also kann man als Grund des Vertrauens zurückkommen – und das immer und allerorts und unter allen Umständen des Lebens. Darum ist die Religion immer auch Einübung in den Umgang mit dem Grund des Lebensvertrauens überhaupt. Dabei sind es durchaus auch andere, nicht auf dem Boden der Religion erwachsene Vertrauenserlebnisse, die auf die religiöse Empfindungsfähigkeit vorbereiten oder sie stärken. Daß

die entscheidende Grundlegungserfahrung sich am Ende religiös artikuliert, macht anderwärtige Vertrauenserfahrungen nicht wertlos.

Die Kirche ist diejenige Institution in der Gesellschaft, deren Existenzgrund der Hinweis auf die nötige religiöse Vertiefung des Vertrauens, auf Gott als Grund des Vertrauens, darstellt. In der von Menschen geübten Verkündigung geht es darum, den Blick auf die eigene, stets begrenzte Vertrauenserfahrung zu vertiefen zu einem Vertrauen auf Gott. Darum sind aber auch die Ansprüche an diejenigen, die zu solcher Verkündigung beauftragt werden, hoch; sie müssen sich selbst als vertrauenswürdig erweisen, wenn sie ihrer Verkündigung nicht im Weg stehen wollen.

Das heißt, zusammengefaßt: Gerade in Situationen, wo die gesellschaftliche Unerläßlichkeit des Vertrauens so deutlich wird wie in der Gegenwart, ist eine genaue Erinnerung an den sachlichen Grund des Vertrauens nötig. Denn diese Erinnerung hilft dazu, die Umstände des gesellschaftlich und ökonomisch nötigen Vertrauens genauer und kritischer zu verstehen. Die religiöse Ebene des Vertrauens, das Vertrauen in Gott, ist die Basis des gesellschaftlich erforderlichen Vertrauens; das Gottvertrauen begrenzt aber auch das gesellschaftliche Vertrauen, das nie einen absoluten Rang einnehmen kann.

8. Vertrauensverlust und Wirtschaftskrise

Auf eine besondere Weise haben die jüngsten Wirtschaftskrisen das Verhältnis von erhöhten Anforderungen an das Vertrauen in die Marktdynamik bis zum Zerschneiden belastet. Lebt der Markt in seinem Vorgriff auf künftiges verlässliches Handeln vom Vertrauen, so sind durch die scharfen und harten marktwirtschaftlichen Aktionen, besonders im

Finanzsektor mit seinen Hebelwirkungen, die Vertrauensressourcen bis zur Erschöpfung bedroht worden.

Für diese Vorgänge ist mit verantwortlich, daß die wirtschaftlichen Akteure selbst ihr ökonomisches Handeln nicht mehr auf der Basis von Vertrauen gestaltet haben, also auf der Grundlage von zuverlässigen Erwartungen an die Verlässlichkeit von Kreditnehmern. Dieses Verhalten schien kurzfristige Gewinne abwerfen zu können, deren Realisierung aber höchst unerwünschte Nebenfolgen für das gesamte Marktgeschehen nach sich zog.

Diese Verhaltensmuster waren nur möglich, weil sich die Aktionen mancher Marktteilnehmer über die marktübergreifenden Rahmenbedingungen, nämlich die Ressourcen Natur und Vertrauen, hinwegsetzten und diese selbst nur unter dem Gesichtspunkt der Gewinnmaximierung betrachtet haben. Die Kumulation solcher Verhaltensweisen in bestimmten Akteuren am Markt zerstört das für das Zusammenspiel des Ganzen notwendige Vertrauen. Daher ist es auch mit der Setzung von – durchaus erforderlichen – Regeln, etwa für den Finanzmarkt, nicht getan. Die Setzung von Regeln als solche vermag das verlorene Vertrauen nicht wieder neu zu erzeugen. Höchstens ein dauerhaft regelkonformes Verhalten könnte das Vertrauen in die Verlässlichkeit der wirtschaftlich Handelnden wieder stärken.

Allerdings muß man sagen, daß sich diese – zunächst schleichende, dann kaskadenhaft sich überschlagende – Zersetzung von Vertrauen durch intern durchaus „rationales“ Verhalten nicht nur der Spekulationssucht wirtschaftlicher Großakteure verdankt, sondern auch einem breit verankerten Bewußtsein entspricht, nach dem der kurzfristige Erfolg auf Kosten der Rahmenbedingungen unbedenklich scheint. Die oftmals beklagte Rücksichtslosigkeit des Marktes traf auf durchaus günstige Umstände, sofern die

elementare Funktion von Vertrauen für die Märkte unterschätzt wurde.

Wo jedoch allein Mißtrauen übrig bleibt, da potenziert es sich selbst. Mißtrauen trägt seine eigene Verbreitung in sich und läßt sich nicht von innen heraus zum Stillstand bringen, sondern bedarf starker externer Begrenzungen.

Daher ist für die Gegenwart eine neue Orientierung an den grundlegenden Gesichtspunkten für eine erfolgreiche Gestaltung des Marktes erforderlich. In die Verantwortung dafür sind sowohl die ökonomisch Handelnden als auch die politisch Entscheidenden gestellt. Mit der Verkündung neuer Finanzmarktregeln allein kann es nicht sein Bewenden haben, wenn nicht zugleich eine erweiterte Orientierung auf das Umfeld des Marktes stattfindet, also das Bewußtsein von der Notwendigkeit des Vertrauens wächst. Daher müssen sich alle Akteure, die großen und institutionellen Anleger ebenso wie die eher konsumtiv eingestellten Verbraucher an die Rahmenbedingungen ihres Handelns erinnern lassen – und in den Erwartungen an sich selbst dieselbe Gründlichkeit walten lassen wie in den Erwartungen an andere. „Sich als vertrauenswürdig erweisen“ wird damit zu einem bestimmenden Faktor in der Beurteilung des wirtschaftlichen und des politischen Handelns.

9. Religion und gesellschaftliche Vertrauensbildung

Im evangelischen Christentum wird der entscheidende Begriff des Glaubens mit dem lateinischen Wort *fiducia* bezeichnet: ein vertrauensvolles Sich-Überlassen an Gott, den unbedingten Grund des Lebens. Insofern ist der christliche Glaube ganz und gar auf die Gründung von Vertrauen konzentriert.

Das meint Martin Luther im Kleinen Katechismus, wenn er die Erklärung des Ersten Gebotes in den Begriff des

Vertrauens münden läßt: „Ich bin der Herr, dein Gott. Du sollst nicht andere Götter haben neben mir. Was ist das? Wir sollen Gott über alle Dinge fürchten, lieben und vertrauen“.

Das meint der reformierte Heidelberger Katechismus mit dem Stichwort „Trost“, wenn die Erste Frage lautet: „Was ist dein einziger Trost im Leben und im Sterben?“ und die Antwort darauf heißt: „Daß ich mit Leib und Seele, beides, im Leben und im Sterben, nicht mein, sondern meines getreuen Heilands Jesu Christi eigen bin.“

In der ausgeübten Religion bildet sich immer wieder neu solches Lebensvertrauen aus – unter den durchaus wechselnden Umständen, in denen individuelle Menschen ihr Leben führen müssen.

Jeder Gottesdienst zielt auf diese Vertrauensgründung. Wenn von Gott als Schöpfer die Rede ist, dann ist damit der gemeint, dem wir die Welt als eine unserem Leben grundsätzlich nicht feindliche verdanken. Wenn wir von Gott als dem Versöhner sprechen, dann von demjenigen, der uns in den Brüchen unseres Lebens so anerkennt, daß unsere Fähigkeit, Vertrauen zu empfangen und Vertrauen zu gewähren, nicht erlischt. Von Gott, dem Erlöser, schließlich reden wir, um zu sagen, daß diese Fürsorge und Anerkennung ohne alle Grenze immer und unbedingt gilt. Alle diese Beziehungen werden bestimmt durch eine gemeinsame Struktur: daß sich Gott zu uns ins Verhältnis setzt vor allem Tauschen und über alles Tauschen hinaus. Dieser Sachverhalt hat nun kritische und konstruktive Konsequenzen für die Beurteilung der gegenwärtigen Situation und die Orientierung des Verhaltens in ihr.

Die kritische Begrenzung besteht in einer doppelten Wirkung auf innerweltliche Vertrauensverhältnisse. Einmal bewahrt das religiöse Vertrauen davor, sein ganzes Lebensvertrauen in die Prozesse der Wirtschaft oder der

Politik zu setzen. Daß man solchen Interaktionssystemen eben nicht grundsätzlich vertrauen kann – und auch nicht vertrauen muß, das lehrt der christliche Glaube. Sodann begrenzt es auch das Verlangen von Markt und Politik, ihnen möglichst alles anzuvertrauen. Ihrem Verlangen nach Vertrauen ist mit einer kritisch-vernünftigen Grundhaltung zu begegnen, die es verhindert, Vertrauen als Lückenbüßer für nicht vorhandene oder verschwiegene Informationen zu verwenden. Der Totalzuständigkeit beider für den Zugriff auf das ganze Leben kann der Glaube mit guten Gründen widersprechen.

Daraus resultieren aber umgekehrt bestimmte Anforderungen für Markt und Politik. Auch hier lassen sich zwei Seiten unterscheiden. Erstens geht es darum, daß die gesellschaftlichen Systeme wahrnehmen, daß Vertrauen eine Ressource ist, die ihnen vorausgesetzt ist. Darum haben sie sie anzuerkennen und zu pflegen, nicht auszubeuten und zu belasten. Darin ist enthalten, daß die Akteure sich selbst als persönlich vertrauenswürdig erweisen. Zweitens ist es darum zu tun, für die Marktabläufe und in der politischen Kultur Regeln zu etablieren (und ihnen zu folgen!), die dieses gesellschaftlich investierte Vertrauen erhalten und bekräftigen. Das zeigt sich an der Entschlossenheit und Klugheit besonders der Politik, sich zu Marktregeln zu verstehen und diese konsequent durchzusetzen – und zwar gerade im Interesse an einem Funktionieren des Marktes, der seine eigenen Grundlagen nicht verzehrt. Das kann zwar auch nicht in seinem Interesse sein, doch ist die Marktdynamik keineswegs zuverlässig in der Lage, diesem Interesse auch beständig zu folgen.

In diesem Sinne bringt sich die Kirche, als Sprachrohr der Christenheit in der Gesellschaft, auch in die öffentlichen Diskurse darüber ein, wie wir in Markt und Politik unser gemeinsames Leben gestalten und verantworten wollen.

10. Ethische Regelbildung als Konsequenz des Vertrauens

Es macht die Tragweite des Vertrauens aus, daß sich auf seiner Grundlage auch Gesichtspunkte formulieren lassen, die das Handeln zu orientieren vermögen, und zwar auf unterschiedlichen Ebenen und in verschiedenen Hinsichten.

Gerade der Ausgang vom Vertrauen legt es nahe, mit denen zu beginnen, die das Phänomen des Vertrauens selbst kennen und empfinden, also mit einem jeden als einer eigenen Person. Daraus erwächst als erste kritische Orientierung die Maxime, sich selbst stets als vertrauenswürdig zu erweisen. Es liegt auf der Hand, daß diese Maxime in unterschiedlichen Kontexten eine je eigene Form des Handelns verlangt. Darum ist damit auch die Notwendigkeit gegeben, sich selbst und das eigene Handeln stets kritisch zu überprüfen. Ebenfalls bei der eigenen Person setzt die zweite Orientierung an, nämlich die Frage, wem ich denn zu vertrauen bereit bin. Diese kritische Haltung unterwirft Ansprüche, Vertrauen zu gewähren, einer sorgfältigen Prüfung – nämlich nach einer Verträglichkeit von nötigem Vertrauen in zu erwartende Handlungen und persönlicher Verlässlichkeit. Daß diese kritische Haltung nicht zur allgemeinen Skepsis und damit zum generellen Mißtrauen führt, davor schützt die Einsicht, daß grundsätzlich auf die Investition von Vertrauen gar nicht verzichtet werden kann.

Das Verlangen nach einer intakten Vertrauensbasis kommt auch als wirksame Forderung gegenüber den Repräsentanten der Politik in Betracht. Es liegt auf der Hand, daß die Vertreter des politischen Systems sich durch erfolgreiche mediale Darstellung als vertrauenswürdig zu geben versuchen. Dieser Umweg über die Medien ist auch unvermeidlich, weil es ja keine hinreichende Kenntnis der führenden Politiker als Privatpersonen gibt. Dennoch er-

gibt sich aus dem – gelungenen oder mißratenen – Zusammenstimmen von Handlungen, ihren Deutungen und einer gewissen persönlichen Konsequenz, zu getroffenen Entscheidungen zu stehen bzw. unbequeme, aber notwendige Entscheidungen zu treffen, durchaus ein Bild, das für die Gewährung von Vertrauen belangvoll ist. Diese politische Haltung ist es dann auch, die als Hintergrund für den Umgang mit gesetzten Regeln maßgeblich wird. Es läßt sich empfinden, ob darin bloße Taktik der Machterhaltung oder des Machterwerbs waltet oder eine Bemühung um das Gemeinwohl (die natürlich nach Lage der Dinge politisch kontrovers ausfallen wird, ja in der Demokratie verschieden ausfallen muß). Gemeinwohrrhetorik kann und muß sich mit einer Überprüfung von politischen Handlungen verbinden lassen, um vertrauenswürdig zu sein.

Schließlich kann der Maßstab der Vertrauenswürdigkeit auch für die Beurteilung der Wirtschaft, die am Markt agiert, geltend gemacht werden. Es ist überhaupt nicht möglich, daß die Frage nach Vertrauenswürdigkeit der handelnden Personen (und der Institutionen, die für Handlungsvorgaben verantwortlich sind) aus der Einschätzung von marktwirtschaftlichen Zusammenhängen ausgeschlossen werden könnte. In jeder Aktieninvestition steckt ein Vertrauensvorschuß – und es gilt, ihn deutlicher als bisher von einer bloßen Wette auf zukünftigen Gewinn zu unterscheiden. Auch hier steht die Selbstprüfung der ökonomisch Handelnden an erster Stelle; solange die Maxime, für andere vertrauenswürdig zu sein, nicht ins Selbstbild der wirtschaftlich Agierenden aufgenommen ist, werden keine äußeren Regelsetzungen erfolgreich sein. Allerdings betrifft diese Maxime dann auch die Gestaltung von Unternehmenskulturen: Sie müssen so verfaßt sein, daß den Mitarbeitenden diese Fähigkeit, mit Selbstachtung zu handeln, nicht nur ermöglicht, sondern nahegelegt wird.

Es ist die Frage, welche Konsequenzen aus diesen Überlegungen etwa für computergestützte automatische Handelsmodelle an Börsen etc. zu ziehen sind. Kurzfristig mögen sie sich als gewinnsteigernd darstellen – langfristig aber gefährden sie den Erhalt des ökonomischen Systems als Mittel des gesellschaftlichen Austausches.

Die Regeln, die in der gegenwärtigen Lage diskutiert werden, sind nicht aus religiösen Grundsätzen ableitbar, sondern verdanken sich Überlegungen wirtschaftspolitischer Vernunft: Verstärkung der Bankenaufsicht und Börsenaufsicht; Finanztransaktionssteuer, Verbot von ungedeckten Leerverkäufen, Begrenzung der Einflußmöglichkeiten von Hedge-Fonds, Erhöhung der Eigenkapitalquote von Banken etc. Wohl aber lassen sich diese Regeln als Beiträge zu einer Steigerung des Vertrauens in die wirtschaftlichen Akteure verstehen – weshalb dann, über die bloße Regelsetzung hinaus, auch dieser elementare anthropologische Status des Vertrauens mit kommuniziert werden muß, sollen diese Regeln von innen her bejaht werden und erfolgreich sein können.

11. Eine neue Kultur des Vertrauens:

Zusammenfassung

1. Vertrauen ist eine elementare Dimension menschlichen Lebens. Vertrauen vermittelt sich in frühkindlicher Erfahrung, ruht aber auf einem alle Erfahrung begründenden Grund, Gott selbst. Allein Gott verdient uneingeschränktes Vertrauen, weil er uns in der Welt fähig macht zu dem Vertrauen, ohne das wir nicht leben können.

2. Aus dem religiösen Vertrauen auf Gott erwächst eine Kritik des nötigen, uns abverlangten Vertrauens in die Umstände des gesellschaftlichen Lebens. Die Bedingungen, unter denen wir unser Leben wirtschaftlich erhalten (Markt) und unter denen wir unsere sozialen Verhältnisse gestalten (Politik, Recht), lassen sich gar nicht ohne Vertrauen erfüllen. Zugleich bedarf dieses gesellschaftliche Vertrauen einer kritischen Sicht und einer vernünftigen Abwägung.

3. In der Gesellschaft geht es darum, Rahmenbedingungen zu schaffen und zu sichern, die die unerläßliche Notwendigkeit von Vertrauen fördern und erhalten. Gesellschaftliche Regelsetzung dient daher einer Kultur des Vertrauens.

4. Zu dieser Kultur des Vertrauens tragen Religion und Kirche bei, indem sie auf den grundlegenden Charakter des Vertrauens verweisen und dabei zugleich das Gottvertrauen als kritische Grenze für gesellschaftliches Vertrauen zu verstehen lehren.

5. Einer Kultur des Vertrauens dient die Politik, indem sie solche Gesetze und Regeln formuliert, die sich als vertrauenswürdig erweisen. Politische Vertrauenswürdigkeit entsteht da, wo die Hintergründe des Entscheidens transparent und die Ziele der Regeln nachvollziehbar sind – vor allem auch dann, wenn die in der Politik Tätigen sich selbst als vertrauenswürdig erweisen.

6. Eine Kultur des Vertrauens wird durch die Wirtschaft gestützt, wenn sie ihre Entscheidungen, die der Logik des Marktes folgen, zugleich als verantwortete Fortsetzung eines menschlichen Kommunikations- und Austauschgeschehens trifft und darin dem Gemeinwohl dient. Die Übernahme persönlicher (auch finanzieller) Verantwortung der wirtschaftlich Handelnden ist ein wesentlicher Beitrag zur Steigerung der öffentlichen Vertrauenswürdigkeit.

7. Ohne eine Kultur des Vertrauens droht nicht nur eine Erosion der politischen und wirtschaftlichen Verlässlichkeit, sondern auch eine Infragestellung der Stabilität individuellen Lebens. Darum ist auch die Mitwirkung von Religion und Kirche an einer umfassenden Kultur des Vertrauens notwendig.